

Nachhaltigkeit, Politik und Beteiligung
Vorlesungsreihe ‚Nachhaltigkeit‘
Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Prof. Dr. Hermann E. Ott
3. Januar 2017

Guten Morgen! Ich freue mich sehr über die Gelegenheit, zu der Vorlesungsreihe „Nachhaltigkeit“ unserer Hochschule beizutragen. Wie ich dem Vorlesungsplan entnommen habe sind Sie schon über fast die gesamte Bandbreite des Nachhaltigkeitsdiskurses ziemlich umfassend informiert. Sie haben die Problematik des Komplexes ‚Nachhaltigkeit‘ aus systemischer, evolutionärer, sozial-psychologischer und ökonomischer Perspektive erörtert – und wissen also ziemlich genau worum es geht. Aber das wissen Sie ja eh, wenn Sie sich an einer ‚Hochschule für Nachhaltige Entwicklung‘ eingeschrieben haben!

Was kann und sollte also jetzt eine Vorlesung über das Thema ‚Nachhaltigkeit, Politik und Beteiligung‘ bringen? Ich würde gerne folgende drei Themen vorschlagen: Erstens, braucht es überhaupt ‚die Politik‘ für Nachhaltigkeit? Zweitens, was kann und müsste Politik für eine nachhaltige Entwicklung tun? Und drittens, was tut sie bzw. tut sie nicht und wie könnte das verbessert werden.

Nach dem was sie bisher wissen ist vermutlich folgendes deutlich: Das Modell unserer fossilen angetriebenen, expansiven Zivilisation war bislang sehr erfolgreich, stößt aber gerade an seine Grenzen. Diese Grenzen sind einerseits in unserem Wirtschaftsmodell angelegt (Volkswirtschaftler sprechen vom ‚Phänomen der abnehmenden Wachstumsraten‘ oder ‚säkularer Stagnation‘), aber es gibt vor allem auch äußere Grenzen, nämlich die Endlichkeit unseres Planeten Erde. Sie kennen das Bonmot, dass dem US-amerikanischen Ökonomen Kenneth Boulding zugeschrieben wird: „Wer glaubt, dass innerhalb eines endlichen Systems unendliches Wachstum möglich ist, ist entweder verrückt – oder ein Ökonom!“.

Es ist mittlerweile nicht mehr von der Hand zu weisen, dass unsere Art des Wirtschaftens die Lebensbedingungen für unsere Spezies, den Homo Sapiens, radikal verschlechtert. Dass es sogar recht schnell dazu kommen könnte, dass ein menschenwürdiges Leben nach unseren Maßstäben nicht mehr möglich ist. Von den anderen Geschöpfen auf unserem Planeten gar nicht zu reden: Biologen sprechen mittlerweile von einer sechsten Welle der Auslöschung¹ von Tierarten – die anderen fünf waren durch massive äußere Einflüsse wie zum Beispiel dem Einschlag eines Meteors verursacht worden. Oder, um ein Lieblingsbeispiel von Prof. Ibisch zu zitieren, das größte Aussterben wurde vermutlich durch die Produktion eines damals extrem schädlichen Gases durch die grünen Pflanzen ausgelöst – durch den Sauerstoff! Es ist eine schöne Ironie der Erdgeschichte, dass es jetzt ein Gas am anderen Ende der Photosynthese ist, welches uns die größten Probleme bereitet – das Kohlendioxid.

Sie haben im Verlauf der bisherigen Vorlesung auch gehört und diskutiert, was die Wissenschaft (und nebenbei, auch viele Menschen die Dinge einfach ausprobiert haben) an Lösungsvorschlägen entwickelt haben. Ausgefeilte Theorien einer (starken oder

¹ Vgl. Elizabeth Kolbert: The Sixth Extinction. An Unnatural History (2014).

schwachen) Nachhaltigkeit, von ecological economics, der green economy oder sogar einer Postwachstumsgesellschaft. Und wie werden diese Ideen nun umgesetzt? Funktioniert die Wirtschaft ohne Politik? Kann es einen Klimaschutz ‚von unten‘ geben, also vor allem durch bahnbrechende technologische Entwicklungen? Oder wird die Postwachstumsgesellschaft vor allem durch die Zivilgesellschaft vorangetrieben, durch unzählige Graswurzelprojekte wie Urban Gardening, Mietsyndikate, Tauschringe, Regionalwährungen und Genossenschaften? Wozu braucht es eigentlich „die Politik“?

Zunächst einmal - was ist das überhaupt: die „Politik“? Irgendwie anrühlich geworden, dieser Begriff. Politik gilt im besten Falle als ‚realitätsfern‘ und wird sogar oft als ‚schmutzig‘ empfunden. „Die da oben“ machen sowieso was sie wollen und als ‚kleine Frau‘ bzw. ‚kleiner Mann‘ hat man eh nichts zu sagen. Am besten hält man sich da komplett raus! Und damit hätten wir den Salat, wenn ich das mal so flapsig formulieren darf, denn wenn sich die Menschen raus halten dann können ‚die da oben‘ wirklich machen was sie wollen. Und es kommen Menschen an die Macht die diesem Bilde wirklich entsprechen. Wir machen damit also das erst möglich, was wir doch verhindern wollen. Das so genannte ‚postfaktische Zeitalter‘, in das wir gerade eingetreten sein sollen, ist vor allem auch durch ein intensives Misstrauen gegenüber ‚der Politik‘ und der mit ihr als verbunden angesehenen Medienwelt verbunden – Stichwort „Lügenpresse“.

Also müssen wir uns der Frage zuwenden was Politik eigentlich ist. Die Bundeszentrale für politische Bildung definiert den Begriff ‚Politik‘ in ihrer Broschüre „Die Deutsche Demokratie“ überhaupt nicht.² „Politik betrifft uns alle“, so heißt es lapidar und später: „In der Politik ist es wie im Sport: Wer nicht mitmacht, kann nicht gewinnen. Und wer abseits steht kann keine Tore schießen.“ Super. Fußballvergleiche versteht jeder. Dann folgt gleich dass „der Staat wir alle“ sind und dass wir in einer repräsentativen Demokratie leben. Das ist sicher gut gemeint, doch das klingt eher wie „mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen...“

Dabei ist die Beschreibung im Kern richtig: Politik leitet sich von dem Wort ‚polis‘ ab, was bei den alten Griechen ‚Stadt‘ bedeutete – *politiká* waren demzufolge alle Dinge die die Stadt betrafen, also eigentlich alles, denn die Stadt war der Staat. Heute hat sich allgemein die Auffassung durchgesetzt dass Politik, ich zitiere, „die Gesamtheit aller Interaktionen definiert, die auf die ... verbindliche Verteilung von Werten (materielle wie Geld oder nicht-materielle wie Demokratie) abzielen“.³ Die Abgrenzung zu rein gesellschaftlichen Aktivitäten bietet dabei das Wort ‚verbindlich‘: Politik zielt auf die Festlegung von Regeln die allgemeine Geltung beanspruchen und in einem bestimmten Verfahren festgelegt worden sind. Es geht um diejenigen Regeln, die für ein friedliches Zusammenleben notwendig sind, um die Gemeinschaftsgüter wie etwa Sicherheit, Bildung und Infrastruktur, um die Ordnung der Märkte, die Verteilung des Erwirtschafteten, um die Umsetzung von Werten. Dabei greift ‚die Politik‘ traditionellerweise zu Ge- oder Verboten, Anreizen oder Investitionen. Aber der Staat kann auch mit den Mitteln der Aufklärung und sogar Werbung arbeiten und in letzter Zeit sind so neomodische Techniken wie ‚nudging‘ dazu gekommen, von denen Sie in dieser Vorlesungsreihe vermutlich auch schon gehört haben.

² Bundeszentrale für politische Bildung: Die Deutsche Demokratie, Bonn 1999.

³ Frank Schimmelfennig: *Internationale Politik*, Paderborn 2010, S. 19-21 (mit Verweis auf Wikipedia).

Ich bitte um Entschuldigung, wenn diese Erläuterungen vielleicht etwas basal erscheinen, aber in den letzten Jahrzehnten ist doch einiges ins Rutschen gekommen. Der Graben zwischen den Menschen und ‚der Politik‘ ist immer tiefer geworden und es gibt immer mehr die meinen wir seien ohne Politik besser dran. Zunächst war dies nur die Meinung einiger Ökonomen, denen zufolge ‚der Markt‘ alles viel besser regeln würde und staatliche ‚Intervention‘ im Grunde schädlich sei. Diese so genannten Neo-Liberalen haben seit den 80er Jahren jedoch die Oberhand gewonnen, sie bilden den Mainstream an den Universitäten und bestimmen auch die Wirtschaftspolitik, national und global. Der durch diese Lehre geforderte Rückbau staatlicher Einrichtungen und ihre Privatisierung hat die staatliche Leistungsfähigkeit entscheidend beeinträchtigt. Dies gilt vor allem für öffentliche Dienstleistungen (Beispiel: Die Bahn!) und für den gesamten Bereich der sozialen Einrichtungen. Dieser Rückbau hat in der Folge zu einem deutlichen Vertrauensverlust in Staat und Politik geführt. Und so macht sich nun auch auf der Linken und in den sozialen Bewegungen immer stärker eine Haltung breit die Staat und organisierte Politik ablehnt. War der Staat traditionellerweise ein Mittel der Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse und gedacht als Bollwerk zum Schutz der Schwachen, wird er nun in Bausch und Bogen als korrupt abgelehnt. Das ist neu – frühere soziale Bewegungen haben den Staat ganz natürlich als interessengeleitet angesehen – und deshalb die Strategie vertreten ihn zu ‚kapern‘ um ihn den eigenen Vorstellungen entsprechend zu gestalten. Noch die 68er waren zu einem „Marsch durch die Institutionen“ aufgebrochen, nachdem sie sich vorher als ‚außerparlamentarische Opposition‘ blutige Nasen geholt hatten...

Ich will es kurz machen und die Frage, ob es für die Nachhaltigkeit ‚Politik‘ braucht mit einem kräftigen „ja“ beantworten. Natürlich ist eine Gesellschaft vorstellbar, in der keine verbindlichen Regeln im Sinne eines gesetzmäßigen Verfahrens existieren. Dies gilt jedoch im wesentlichen für begrenzte, lokale Gemeinschaften und nicht für funktional ausdifferenzierte Gesellschaften wie sie heute existieren. Und natürlich kann eine fulminante Graswurzel-Bewegung für eine solidarische Teilhabe-Ökonomie große Wirkung entfalten – aber mindestens ebenso wichtig wie das Neue reinzubringen (also die Innovation) ist es, das Alte rauszuschmeißen (was ich hier als ‚Ex-Antiquation‘ bezeichnen möchte, manchmal wird es auch fälschlich ‚Exnovation‘ genannt). Denn das Alte ist in der Regel finanziell stärker, besser vernetzt und hat einen langen Atem. Wenn, wie bisher, Genossenschaften im Steuerrecht benachteiligt werden und auch sonst viele bürokratischen Hürden überwinden müssen, Aktiengesellschaften aber mit ihrem Interesse an kurzfristiger Rendite aber bevorzugt werden – dann wird sich der Wandel vielleicht nur so langsam vollziehen dass er wieder abgewürgt wird. Oder die so genannte ‚sharing economy‘: Wenn diese im Prinzip fantastische Idee durch geldmäßig organisierte Modelle unterwandert und pervertiert wird (Stichworte: airbnb und uber), dann muss der Staat mit dem Blick auf das Gemeinwohl (zum Beispiel an bezahlbaren Wohnungen in der Innenstadt) regulierend eingreifen.

Oder auch ein Beispiel gerade für jüngere Leute: Wer seine Familie gründet und seine bzw. ihre Elternrolle ernst nehmen will, sich aber auch beruflich verwirklichen will stößt heute immer noch an massive Grenzen - weil es an Kitas und Kindergartenplätzen fehlt und weil Arbeitgeber familienfeindliche Jobmodelle bevorzugen. Hier können individuelle Lebensmodelle ziemlich grausam mit der Realität unsere Gesellschaft zusammenprallen! Und es gilt ganz allgemein: Wenn eine soziale und nachhaltige Politik durchgesetzt werden soll führt kein Weg an einer staatlichen Regelung vorbei. Dazu gehört eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik, die den Reichtum von oben nach unten

verteilt und zu ausgeglichenen – oder vielmehr: angeglichenen – Lebensverhältnissen führt. Dazu gehört ein Bildungssystem das allen Menschen die gleichen Chancen bietet sich zu entfalten und zu einer nachhaltigen, menschenfreundlichen Gesellschaft beizutragen. Kurz gesagt: Die für eine nachhaltige Entwicklung erforderliche ‚sozial-ökologische Transformation‘ aller Lebens- und Arbeitsbereiche lässt sich nicht im Konsens, sondern nur gegen den Willen großer Teile der Habenden durchsetzen. Und das geht nur mit starken staatlichen Institutionen.

Wie sähe nun eine solche ‚große Transformation‘ aus, wie sie zum Beispiel der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU)⁴ für notwendig hält? Was also müsste politisch getan werden? Diesen zweiten Teil meiner Ausführungen möchte ich recht kurz halten, weil darüber am meisten gesprochen und geschrieben worden ist. Aus dem was Sie bisher über den Zustand unserer Welt und im Anthropozän, in der von uns Menschen geprägten Zeit, gehört haben ist vermutlich eins deutlich geworden: Dass es mit kleineren Korrekturen und kosmetischen Änderungen nicht getan sein wird. Die Aufgabe ist von herkulischen Ausmaßen. Innerhalb weniger Jahrzehnte werden wir alle Bereiche unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft an die Erfordernisse der Nachhaltigkeit anpassen müssen. Mit ‚wir‘ meine ich hier die Menschheit als Ganzes, nicht nur die so genannten entwickelten Gesellschaften der Industriestaaten.

In der letzten Legislaturperiode von 2009 – 2013 hatte ich das Vergnügen, und das meine ich wirklich so, als Mitglied des Bundestages in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ meine Berufungen als Wissenschaftler und als Politiker in Einklang zu bringen. Ich habe in dieser Kommission eine Arbeitsgruppe geleitet, die sich mit den Möglichkeiten der Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum befasst hat. Diese Arbeitsgruppe hat einige wirklich neue Erkenntnisse gebracht – und das sogar im Konsens aller Fraktionen von den Linken bis zur extrem auf Wachstum fixierten FDP. Dieser Konsens war erstens, dass die Lage ernst ist und in vielen Bereichen der globale Ressourcenverbrauch absolut reduziert werden muss, wenn wir die ökologischen Systeme der Erde wie die Atmosphäre, die Ozeane und die Böden nicht aus der Balance bringen wollen. Das gilt natürlich vor allem für die fossilen Rohstoffe, aber auch für viele Mineralien, Erze, die Wälder, die Fische in den Ozeanen etc. Zweitens, dass diese Reduktion des Ressourcenverbrauchs sehr schwierig ist, weil viele Milliarden Menschen noch eine nachholende Entwicklung vor sich haben und weil viele technologische Erfolge durch so genannte ‚Rebound-Effekte‘ wieder zunichte gemacht werden. Unter dem Rebound-Effekt versteht man das Paradox, dass Effizienzsteigerungen (mit dadurch induzierter Verbrauchsminderung) sehr häufig durch so genannte ‚Mengeneffekte‘ wieder zunichte gemacht werden, wie es das Beispiel der Entwicklung des Automobils am Besten zeigt: Immer bessere Technik führt nicht zu geringerem Verbrauch, weil die Fahrzeuge gleichzeitig immer größer und schneller werden. Und dass deshalb, drittens, rein technologische Lösungen nicht ausreichen, sondern nur dann wirksam sein können wenn sie mit politischen, sozialen und kulturellen Innovationen einhergehen.⁵ Es braucht also weiterhin technologischen Fortschritt, dieser muss jedoch eingebettet sein in eine nachhaltige Politik.

⁴ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation (2011).

⁵ Deutscher Bundestag (2013): Bundestagsdrucksache 17/13300 (Schlussbericht der Enquete), z.B. S.477f.

Was bedeutet das konkret? Zum Beispiel muss, zusätzlich zur Entwicklung neuer Antriebstechnologien wie der Elektromobilität, die Stadtplanung so erfolgen, dass die Menschen kurze Wege zur Arbeit, zur Schule und zum nächsten Laden haben. Außerdem muss ein System des öffentlichen Transports eingerichtet werden, das es den Menschen erlaubt, ohne Auto zu leben. Gleichzeitig ist auf sozialer Ebene ein Wertewandel erforderlich, der den eigenen Status in der Gesellschaft nicht am Besitz eines eigenen, möglichst großen und teuren Fahrzeugs misst. Es wäre insgesamt wenig gewonnen, wenn die ca. eine Milliarde fossil betriebenen Kraftfahrzeuge weltweit durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden würden. Der oben schon erwähnte WBGU fordert deshalb auch, dass die erforderliche Transformation tiefgreifende Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystemen und Lebensstilen sowie ein neues Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft umfasst. Der US-amerikanische Klimaaktivist Bill McKibben, der unter anderem die Divestment – Bewegung initiiert hat, um fossile Industrien finanziell auszutrocknen, fordert ein Programm, ähnlich wie es die amerikanische Regierung 1941 aufgelegt hat, um Nazi-Deutschland zu besiegen: 'Also eine ebenso schnelle und radikale Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft wie damals die ‚Kriegswirtschaft‘'.⁶

Die Größe dieser Aufgabe macht es nicht einfach und führt leider zu einer großen Unübersichtlichkeit. Anders als bei konkreten Problemlagen, die sich mit klaren technologischen Lösungen oder ebenso klaren politischen Maßnahmen angehen lassen, wird es bei der Nachhaltigkeit schnell ziemlich uferlos. Alle Bereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft müssen bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden, der Ressourcendurchsatz durch unsere Ökonomien muss sich drastisch senken, das gesamte Landwirtschafts- und Ernährungssystem muss umgestellt und das komplette Finanzsystem auf Nachhaltigkeit eingeschworen werden. Das Ganze nicht nur in Deutschland, Europa und den anderen Industriestaaten, sondern weltweit. Innerhalb eines internationalen Systems, das in den letzten Jahrzehnten wieder stärker nationalistisch und weniger kooperativ geworden ist, wo Krieg und Terror Millionen Menschen verletzen und töten, ihnen die Heimat nehmen und in die Flucht treiben. Auch nicht unbedingt förderlich sind die populistischen Machtübernahmen der letzten Jahre in verschiedenen Ländern Europas, Amerikas und Asiens. Von Herrn Trump will ich gar nicht reden... Unter all diesen widrigen Bedingungen sollen die Wertesysteme sich verändern, die Menschen solidarischer werden und – zumindest im globalen Norden dieser Welt – auf Teile ihres materiellen Wohlstands verzichten...

Ich möchte nicht weiter in die Details gehen – das muss einer anderen Vorlesung vorbehalten bleiben. Aber eines sollte klar sein: Es fehlt trotz der Komplexität der Aufgabe „Nachhaltigkeit“ nicht an guten Analysen, Studien, Empfehlungen und Konzepten für eine nachhaltige Gestaltung unserer Welt. Im Gegenteil, die Flut der Literatur zu diesem Thema ist geradezu erdrückend. Und vieles ist ziemlich gut. Das Problem ist, wie so häufig, wenn es um hehre Ziele wie Frieden, Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit geht, nicht der Mangel an Wissen, sondern der Mangel an Willen. Das betrifft zum Einen die individuelle Ebene, die Menschen selbst. Anscheinend sind wir unfähig zur vorausschauenden, nachhaltigen Gestaltung unserer Lebenswelt – Details dazu haben Sie schon in einer anderen Vorlesung dieser Reihe zu hören bekommen und diskutiert. Der US-libanesische Finanztrader und Guru Nicholas Nassim Taleb meint gar in seinem Bestseller „Der schwarze Schwan“, dass unser Gehirn letztlich nicht zum

⁶ Bill McKibben: A world at war, New Republic online on 15 August 2016
<<https://newrepublic.com/article/135684/declare-war-climate-change-mobilize-wwii>>

Denken und schon gar nicht zum Erfassen komplexer Sachverhalte geschaffen sei. Die nähere Befassung mit dem Dilemma der menschlichen Natur muss leider aus Zeitgründen hier unterbleiben.

Aber ‚Politik‘ ist, wie schon erläutert, die kollektive, gemeinsame Regelung der öffentlichen Angelegenheiten und deshalb müssen wir uns an dieser Stelle mit dem Politikgeschäft auseinandersetzen und die Frage beantworten ob und ggf. wie unser System angemessen auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts reagieren kann.

Der Moment wo ich mir diese Frage selbst am dringlichsten gestellt habe kam für mich im Umweltausschuss des Bundestages, in dem ich als Abgeordneter der grünen Fraktion in der letzten Legislaturperiode saß. Dort hatte die Vorsitzende das Thema „Neueste Erkenntnisse über den Klimawandel“ auf die Tagesordnung gesetzt. Für den Vortrag hatte sie einen der bekanntesten und besten Klimaforscher Deutschlands in den Ausschuss geholt: Prof. Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Er machte deutlich, dass ein derartiger Klimawandel wie wir ihn gerade erlebten noch niemals stattgefunden hat – zumindest nicht in den ca. 800.000 Jahren über die wir aufgrund von Eisbohrkernen aus der Antarktis sicher Bescheid wissen. Was wird das für eine Welt, die vielleicht fünf oder sechs Grad Celsius wärmer ist als heute? Um zu verdeutlichen wie groß dieser Sprung wäre: Der Unterschied zur letzten Eiszeit, wo auch über Berlin noch mehrere hundert Meter Eis lagen, war auch nur fünf Grad Celsius – allerdings in die andere Richtung. Wir seien also gerade dabei, so Prof. Rahmstorf, auf die bisherige (gute) Warmzeit noch eine weitere Warmzeit draufzulegen.

In einem Film von Steven Spielberg oder Roland Emmerich würde in diesem Moment die Musik einsetzen, dräuend und unheilvoll. Die versammelten Politiker würden sich betroffen anschauen, den Kopf schütteln, die Atmosphäre würde immer intensiver werden, schier unerträglich – bis dann schließlich mit einem Satz der Vorsitzende aufspringt und erregt ruft: „Das darf niemals geschehen, das müssen wir verhindern!“. Woraufhin allgemeine Zustimmung in der Runde erfolgt, zaghafte Einwände „was das denn kosten würde“ hinweggefegt werden und alles sich hinter dem Sprecher versammelt. So als würde ein Komet auf die Erde zurasen und plötzlich alle Unterschiede zwischen den Menschen und den Nationen keine Rolle mehr spielen. Die Welt würde sich einigen und entschlossen alles tun was möglich ist.

So jedenfalls waren meine Gedanken als ich Prof. Rahmstorfs Bericht über unsere Klimazukunft hörte. Dann schaute ich nach links, wo die Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen ungerührt auf ihre iPads und Laptops hackten und kaum wahrnahmen was dieser trockene Wissenschaftler ihnen da erzählte. Ich schaute nach rechts, wo andere zwar mehr oder weniger aufmerksam zuhörten, ich in keinem Gesicht jedoch die Alarmzeichen wahrnahm die ich selber spürte. Dann schaute ich nach draußen, wo die Sonne breit durch die großen Fenster hineinschien, wo Menschen in der unerwarteten Wärme vorbeiliefen, manche neugierig hereinschauten um zu sehen was die Volksvertreter da so machten...

In diesem Augenblick wurde mir klar, dass alles noch viel schwieriger war als ich angenommen hatte (und ich hatte mich ja schon einige Jahre mit den Problemen des Klimawandels herumgeschlagen...). Mir wurde einerseits klar dass es nicht nur verdammt schwer ist, sich bei schönstem Sonnenschein vorzustellen dass eine furchtbare Katastrophe bevorsteht. Und dass es noch schwieriger ist, sich durch eine

solchen Vorstellung dazu bewegen zu lassen, das eigene Leben (und das anderer) zu ändern. Und dass es noch einmal um einiges schwerer ist, in dem Rahmen in dem wir ‚Politik‘ gestalten auf eine solche „Katastrophe mit Ansage“ zu reagieren. Dass wir also, selbst wenn wir als Einzelpersonen durchaus in der Lage und willens wären zu handeln, kollektiv vielleicht nicht die richtigen Einrichtungen und Instrumente haben...

Ein sehr aktuelles Beispiel für das institutionelle Versagen ist die Klimapolitik: Die Bundesrepublik war einer der Treiber des Pariser Klimaabkommens, in dem sich Ende 2015 alle Staaten dieser Erde verpflichtet haben, die globale Erwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten und zu diesem Zweck die geeigneten Maßnahmen zu treffen. Dieser Vertrag ist letztes Jahr mit erstaunlicher Geschwindigkeit in Kraft getreten und mittlerweile völkerrechtlich verbindlich. Zur vorigen Klimakonferenz in Marrakesch November 2016 wollte das Umweltministerium unter Barbara Hendricks einen ambitionierten Plan vorlegen, wie Deutschland bis 2050 dekarbonisiert, also klimaneutral werden könne. Dazu hatte das Umweltministerium unter Beteiligung der Zivilgesellschaft einen „Klimaschutzplan 2050“ erstellt. Tatsächlich kam dieser noch einigermaßen ambitioniert aus dem Umweltministerium. Doch dann, im Verlauf der Verhandlungen innerhalb der Regierung mit dem Wirtschaftsministerium, mit den Verkehrs- und Landwirtschaftsministerien und zum Schluss mit dem Kanzleramt wurden dem Plan praktisch alle Zähne gezogen.⁷ Alle konkreten Ziele waren herausgestrichen worden. Die ernüchternde Analyse lautet: Alle diese Ministerien, egal ob unter der Leitung eines christ- oder eines sozialdemokratischen Ministers, hatten die vermeintlichen Interessen ihrer Klientel über die Menschheitsinteressen gestellt und einen effektiven Klimaschutzplan verhindert.

Ist es also die Demokratie mit ihren ‚checks and balances‘, mit Rechtsschutz und Gewaltenteilung und mit ihrer oft sehr quälenden Kompromissssuche, die eine adäquate Antwort auf die großen Krisen verhindert? Könnte es sein dass das politische Modell „Demokratie“, oder auch der ‚Parlamentarismus‘, hier an sein Ende gekommen ist? Im Zusammenhang mit den ökologischen Krisen werden immer wieder Stimmen laut, die demokratischen Systeme seien unfähig diese Herausforderungen wirksam anzunehmen. In einer Demokratie müsse immer Rücksicht auf den Wählerwillen genommen werden. Die Wählerinnen und Wähler wollten jedoch keine einschneidenden Änderungen ihrer Lebensweise. Deshalb könne ein grundlegender Umbau unserer Gesellschaft und Wirtschaft nicht gelingen, denn wenn eine Partei dies zum Programm machen würde, hätte sie keine Chance (Niko Paech, einer der schärfsten Kritiker des Wachstumswahns, hatte vor den letzten Wahlen zur Gründung einer Reduktionspartei aufgerufen. Geschehen ist dies meines Wissens nicht...). Deshalb wäre eine autoritäre Staatsform - manche verweisen auf die Volksrepublik China - die geeignetere um auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Am besten sei eine Art ‚wohlwollende Diktatur‘. Die Menschen würden sich zwar zunächst sträuben, aber gezwungenermaßen gehorchen und nach einer Weile selber sehen dass ein sozial-ökologischer Umbau nicht nur besser für den Planeten, sondern auch für die Menschen und für sie ganz persönlich ist.

An diesem Argument ist zunächst richtig, dass autoritäre Regime schneller und (scheinbar) effektiver handeln können wenn sie sich einmal für eine bestimmte Politik entschieden haben. China zum Beispiel hat zur Sicherung der Energieversorgung mit

⁷ Eine gute Übersicht bietet die Broschüre von Greenpeace: Der Beteiligungsprozess am Klimaschutzplan 2050. Analyse und Bewertung, September 2016.

Brachialgewalt Millionen Menschen umgesiedelt um den Drei-Schluchten-Staudamm oder andere Projekte wie riesige Windfarmen durchzusetzen.

In demokratischen Systemen ist es dagegen sehr viel schwerer, massive Eingriffe in die Lebensweise der Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Doch sogar kleinere Neuerungen im Interesse der Allgemeinheit haben es oft schwer, sich gegen gezielte Kampagnen der Gegner durchzusetzen. Man denke nur an die Einführung der (relativ harmlosen) Ökosteuer durch die rot-grüne Regierung 1999 (die BILD-Zeitung titelte in riesigen Buchstaben: „Benzin-Wut! Kanzler tu was!“). Was dazu führte dass 2002 bei der Neuaufgabe von rot-grün die Ökosteuer kein Thema mehr war. Oder man erinnere sich, wie die Anregung auf Förderung eines ‚Veggie-Days‘ in öffentlichen Kantinen im Wahlprogramm der Grünen 2013 zu einer massiven Gegenkampagne und dem Stigma der ‚Verbotspartei‘ führte. In einer Demokratie können also sehr leicht egoistische Ressentiments mobilisiert werden, die eine nachhaltige Politik verhindern.

Bei genauerer Betrachtung gibt es jedoch einige Gründe die dagegen sprechen dass es autoritäre Systeme besser können. Und zwar erstens, weil die Repräsentanten autoritärer Systeme viel weniger Anlass haben etwas zum Schutz des Planeten zu tun und zweitens, weil die Maßnahmen die vielleicht doch getroffen werden nicht effektiv genug sind. Der erste Punkt wird illustriert durch einen empirischen Befund, belegt durch den Environmental Performance Index der Yale Universität, dass nämlich in demokratisch verfassten Staaten die Umweltstandards um einiges höher sind als in anderen Staaten.⁸ Dies hängt mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zusammen, dass in einem Staat wo die Bürgerinnen und Bürger etwas zu sagen haben ihre Proteste gegen Umweltzerstörung eher gehört und in Politik umgesetzt werden als in autoritären Staaten. Zumindest bei allen sichtbaren Umweltschäden in der Luft und in den Gewässern war die öffentliche Empörung der wesentliche Motor für die Umweltgesetzgebung.

Zweitens, ebenfalls empirisch belegt, ist ausweislich des Korruptionsindex von Transparency International das Korruptionsniveau in demokratischen Staaten deutlich niedriger als in autoritären Regimen.⁹ Und wenn man die beiden Weltkarten des Umweltschutzniveaus und der Korruption übereinander legt (hier wäre eine Power Point – Präsentation wirklich hilfreich, ich bitte um Entschuldigung) zeigt sich eine erstaunliche Kongruenz: Wo wenig Korruption herrscht, sind auch bessere Umweltbedingungen. Und umgekehrt: Ein hohes Korruptionsniveau geht mit schlechter Umweltqualität einher. Das ist eigentlich nicht verwunderlich: Denn selbst wenn es Umweltgesetze gibt, müssen sie auch durchgesetzt werden. Wo Umweltsünder sich in einem korrupten System durch Schmiergelder oder gute Beziehungen zur Verwaltungsebene ‚freikaufen‘ können, da ist natürlich auch das Umweltschutzniveau geringer. Umweltschutz kann also in einer korrupten Umgebung nicht gedeihen.

Und drittens gibt es einen weiteren ‚Vorteil‘ von Demokratien beim Umweltschutz: Es mag zunächst einmal mühsamer sein zu gesetzlichen Maßnahmen zu kommen – aber wenn sie einmal erlassen werden ist die Akzeptanz der Bevölkerung auch viel höher. Mit einem Fachwort: Die ‚Verfahrenslegitimität‘ und damit die Legitimität der demokratisch entschiedenen Regeln ist höher. Und das ist ein entscheidender Unterschied für die Umsetzung. Denn wenn die Gesetzeserfüllung von der Bevölkerung als sinnvoll

⁸ Yale Environmental Performance Index: <<http://archive.epi.yale.edu/>>

⁹ Transparency International Korruptionsindex <<https://www.transparency.org/country/>>

verstanden wird, werden die Vorgaben sehr viel besser erfüllt als mit noch so viel Zwang. In ökonomischen Begriffen ausgedrückt sind demokratische Systeme ‚effizienter‘ als autoritäre Regime, weil sie mit erheblich weniger Transaktionskosten einhergehen. Die Bürgerinnen und Bürger befolgen die Regeln einfach und müssen nicht durch ein kostspieliges Überwachungs- und Strafsystem dazu gezwungen werden.

Es bleibt festzuhalten, dass demokratische Systeme schneller als autoritäre Systeme auf ökologische Herausforderungen reagieren und dass die erlassenen Regeln besser befolgt werden. An dieser Stelle könnte allerdings eingewandt werden dass dieser Vorteil demokratischer Systeme nur dann gilt wenn die Bürgerinnen und Bürger den Umweltschutz auch wollen. Sie wollten und wollen keine Aktivitäten oder Produkte die eindeutig schädlich oder giftig sind, nichts was schlecht riecht oder furchtbar aussieht und schon gar nicht Dinge die ihre Gesundheit bedrohen. So hatte Willy Brandt als Bundeskanzler in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts einige Unterstützung als er den „blauen Himmel über der Ruhr“ forderte (den es tatsächlich fast nicht gab vorher, die Situation war ähnlich wie in vielen chinesischen Megastädten heute). Oder auch die Gewässerverschmutzung: Wenn man heute die Fotos von Flüssen sieht auf denen riesige Schaumberge langsam flussabwärts schaukeln kann man es kaum glauben. Nachdem Gesetze erlassen wurden und kein Abwasser mehr ungeklärt in die Flüsse und Seen eingeleitet werden durften, konnte dann den 80er Jahren der damalige Umweltminister Klaus Töpfer öffentlichkeitswirksam im Rhein schwimmen gehen. So weit so gut – Demokratien können also besser mit sichtbaren Gefahren für die Umwelt umgehen.

Aber was ist mit den nicht-so-sichtbaren Gefahren? Die neuen Herausforderungen zeichnen sich ja gerade dadurch aus dass sie nicht sofort erkennbar sind – weil man das CO₂ nicht sehen kann, weil der Klimawandel schleichend erfolgt, weil wir das Fischsterben in den Ozeanen nicht mitbekommen, weil die Menschen in Asien oder Afrika viel zu weit weg sind und weil die großen Schäden vielleicht erst in einigen Jahrzehnten sichtbar werden. Gegen diese Umweltschäden gibt es keine Massenbewegung die auf die Straße geht, Abgeordnete mit Anfragen bombardiert und massiv Druck macht. Es ist schon erstaunlich wie viele Menschen doch immer wieder für eine effektive Klimapolitik demonstrieren (man denke an die 350.000 Menschen 2015 in New York!) – aber ein organisierter, beständiger gesellschaftlicher Druck auf Parlament und Regierung sieht anders aus.

Noch schwieriger ist die Sachlage wenn es um die Regulierung von Verhalten geht. Es ist im großen Ganzen akzeptiert, dass eindeutig giftige Produkte oder eindeutig gefährliche Verhaltensweisen verboten werden dürfen. Dass zum Beispiel das Autowaschen am Flussufer verboten worden ist regt niemanden auf. Viele Menschen fühlen sich jedoch massiv in ihrer Freiheit eingeschränkt wenn ganz normales Verhalten im Interesse eines überragenden Allgemeingutes (also zum Beispiel dem Klimaschutz) reguliert werden soll. Wichtigste Beispiele sind essen und reisen. Niemand der ein Steak isst vernichtet dadurch einen Regenwald oder heizt das Klima auf. Auch bringt kein Überseeflug alleine und auch nicht zehn Flüge das Klimasystem zum kippen. Aber in der Masse bewirken alle Flüge und alle Steaks zusammen genau das. Dies wird in der Wissenschaft mit dem Begriff der ‚Mengenproblematik‘ beschrieben: Ganz normale menschliche Tätigkeiten werden nur deshalb zum Problem weil es einige Milliarden Menschen machen.

Mit diesen neuartigen, diffusen Herausforderungen tun sich Demokratien schwerer, weil die Bürger nicht mit gleicher Dringlichkeit Abhilfe verlangen und nicht einsehen warum

sie ihr Verhalten ändern sollen wenn sie doch eigentlich nichts verwerfliches tun. Diese neuen Gefahren erfordern deshalb ein noch höheres Bewusstseinslevel der Bevölkerung – die Fähigkeit zur Voraussicht künftiger Gefahren, die Bereitschaft sich mit anderen Menschen solidarisch zu fühlen und auch die Bereitschaft, Einschränkungen jetzt hinzunehmen damit es Menschen auf anderen Erdteilen oder späteren Generationen besser geht. Das ist ziemlich viel verlangt.

Wenn wir einmal annehmen dass die Menschen so weit entwickelt wären wie oben skizziert, dann stellen diese Gefahren immer noch einen sehr hohen Anspruch an Staat und Gesellschaft. Der komplette Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft erfordert lange Planungshorizonte über Jahrzehnte, immer ausgerichtet auf ein großes Ziel. Die demokratischen Mehrheiten für ein solches Projekt müssten stabil und die getroffenen Maßnahmen bestehen bleiben - über viele Regierungswechsel hinweg. Es gibt außerhalb von Kriegszeiten nicht viele Beispiele dafür, dass ein solches Projekt möglich ist. Der Umbau müsste im Grunde Teil der ‚Staatsräson‘ werden, wie man das manchmal nennt – also Teil der ethischen Grundcodierung, sozusagen der ‚genetischen‘ Basis unseres Staates und unserer Gesellschaft. So etwas wie der neue Staatsauftrag. Nicht mehr „sorgt für genug Wirtschaftswachstum damit alle einen Job haben und viele sich ein Häuschen und jedes Jahr einen Urlaub leisten können“. Sondern: „Sorgt dafür, dass auch zukünftige Generationen ein menschliches Leben auf unserem Planeten führen können“. Oder, wie es der Philosoph Hans Jonas in seinem Buch über das „Prinzip Verantwortung“ als neuen kategorischen Imperativ formuliert hat: „Lebe so (bzw. in unserem Fall: regiere so), dass die Maxime Deines Handelns vereinbar ist mit echtem menschlichen Leben auf der Erde.“¹⁰

Das wäre zum Beispiel eine erste Forderung an eine Politik der Nachhaltigkeit: Eine derartigen Imperativ im Grundgesetz zu verankern um alle staatliche Gewalt zu binden und zu verpflichten. Ich gehe jetzt einmal davon aus dass unser Modell einer parlamentarischen Demokratie erhalten bleiben sollte – sie ist zwar „die schlechteste Regierungsform“, um Winston Churchills berühmtes Bonmot zu zitieren, aber eben „abgesehen von allen anderen“. Doch spricht nichts gegen eine Ausweitung partizipativer Elemente in unserem Rechtsstaat, also eine erweiterte Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern bei Gesetzgebungs- und Planungsprozessen. Der WBGU nennt dies „den gestaltenden Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten ausbauen“. Natürlich sind in der letzten Zeit bestimmte Formen direkter Demokratie etwas in Verruf geraten, als Beispiel wäre hier der ‚Brexit‘ – Volksentscheid in Großbritannien zu nennen. Ich würde auch tatsächlich davon abraten, komplexe Fragen gesamtgesellschaftlicher Relevanz durch Volksbefragungen entscheiden zu lassen (dass das britische Parlament durchaus die Möglichkeit hätte diese Entscheidung zu revidieren sei hier dahin gestellt).

Doch spricht nichts dagegen, auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen gestufte Formen der Teilnahme möglich zu machen: Auf nationaler Ebene wäre zum Beispiel ein Initiativrecht der Bevölkerung denkbar, wonach sich das Parlament im Erfolgsfalle mit bestimmten Fragen zumindest befassen muss. Auf regionaler und lokaler Ebene wären durchaus auch direkte Formen der Gesetzgebung durch Volksentscheide denkbar. Wir sollten uns allerdings nicht der Illusion hingeben dass damit eine nachhaltige Politik garantiert wäre – in München hatte vor einigen Jahrzehnten die Bevölkerung zu

¹⁰ Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung (1984).

entscheiden ob sie lieber verbesserte Kitas, Kindergärten und Schulen hätte oder eine komplette Untertunnelung des Mittleren Rings. Ich brauche vermutlich nicht zu sagen wie der Volksentscheid ausgegangen ist?

Fast noch wichtiger als die Teilnahme an Gesetzgebungsprozessen scheint mir jedoch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungsprozessen. Hier wächst häufig Unmut und Frustration weil Planungen von den unmittelbar Betroffenen nicht in angemessener Form beeinflusst werden können. Es gibt dieses sehr instruktive Beispiel mangelnder Einbeziehung bei Douglas Adams in seinem Buch „Per Anhalter durch die Galaxis“. Dort tauchen eines Tages riesige Raumschiffe auf um die Erde zu sprengen weil sie Platz machen muss für eine intergalaktische Umgehungsstraße. Als Protest der Regierungen laut wird dass man doch gar nichts gewusst habe von diesen Plänen schallt es aus dem größten Raumschiff zurück, dass die Unterlagen doch hundert Jahre auf Alpha Centauri ausgelegt hätten, nur ein paar Lichtjahre entfernt, da hätten sich die Menschen doch mal drum kümmern können...

So schlimm sieht es in Deutschland nicht aus, tatsächlich sind die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in vielen Bereichen gestärkt worden. Aber eben noch nicht genug. Sehr gute Erfahrungen gibt es zum Beispiel mit den von Peter Dienel von der Bergischen Universität Wuppertal entwickelten ‚Planungszellen‘, wo der Sachverstand der Bürger von Anfang an in alle Planungen einbezogen wird.

Neben der Einbeziehung des bürgerschaftlichen Sachverstands braucht es für eine Nachhaltige Entwicklung eine Reihe gesetzlicher Regelungen, wie ein Klimaschutzgesetz für den Kohleausstieg und die komplette Umstellung auf Erneuerbare Energien. Gesetze für ein Verbot der Massentierhaltung und zur Förderung einer nachhaltigen, biologischen Landwirtschaft. Und Gesetze für die Abschöpfung zu großen Reichtums – mein Kollege Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut spricht davon dass es nicht nur Armutslinderung braucht, sondern auch ‚Reichtumslinderung‘. Ich persönlich bin ein großer Freund eines bedingungslosen Grundeinkommens, das den Menschen ein gewisses Existenzminimum garantiert und ihnen so die Angst vor der Zukunft nimmt. Wenn Sie sich überlegen dass in den nächsten 15-20 Jahren vermutlich ein Drittel aller Arbeitsplätze durch die zunehmende Roboterisierung und künstliche Intelligenz wegfallen wird muss eh über neue Formen der sozialen Sicherung nachgedacht werden.

Planungsinstrumente wie der Verkehrswegeplan müssen auf jeden Ausbau von Straßen und Autobahnen verzichten sondern im Gegenteil einen Rückbau einleiten und den Großteil der finanziellen Mittel für den öffentlichen Nahverkehr sowie für Fahrrad und Fußgänger umschichten (muss ich erwähnen dass der gerade verabschiedete Verkehrswegeplan all dies nicht tut?). Um all dies umzusetzen müssen sich auch die Ressortzuschnitte der Ministerien ändern. Unter der rot-grünen Regierung war die Kompetenz für Erneuerbare Energien beim Umweltministerium angesiedelt worden. Das war ein sehr kluger Schachzug, denn die Erneuerbaren waren damit der Einflussnahme der fossilen Lobby im Wirtschaftsministerium entzogen. Dies hat den massiven Ausbau der Regenerativen erst möglich gemacht. Anstatt die Kompetenz wieder zurück in das Wirtschaftsministerium zu verlagern, wie es unter der jetzigen Regierung geschehen ist, hätte im Gegenteil die gesamte Energiepolitik beim Umweltministerium gebündelt werden müssen.

Eines der Hauptprobleme bei der Durchsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit ist schließlich, dass die Hauptbetroffenen unserer Lebensweise überhaupt keine Stimme haben: Die zukünftigen Generationen, unsere Enkel und Ururururenkel. Dieses Phänomen wird unter dem Stichwort der ‚intergenerationellen Gerechtigkeit‘ diskutiert: Wie ist es möglich, der Zukunft eine Stimme zu geben? Und, so möchte ich ergänzen, wie können unsere Mitgeschöpfe auf diesem Planeten eine Stimme bekommen, die Tiere an Land und im Wasser, die Bäume und Pflanzen? Sie alle könnten eine Stimme durch einen ‚Zukunftsrat‘ bekommen, der in alle Gesetzgebungs- und Planungsverfahren einbezogen werden muss und die Vereinbarkeit mit einer nachhaltigen Entwicklung prüft. Dieser Zukunftsrat sollte nicht nur beratende Funktion haben (wie es der WBGU vorschlägt), sondern auch die Möglichkeit eines Einspruchs bei extrem nicht-nachhaltigen Vorhaben der Bundesregierung bzw. des Bundestages. Damit würde dem politischen Betrieb eine Institution an die Seite gestellt die das Ziel eines ökologisch-sozialen Umbaus im Blick hat und die auch Möglichkeiten besitzt, dieses Ziel kraftvoll zu vertreten.

Warum hat eigentlich bisher nur der Finanzminister ein Vetorecht bei allen Vorhaben der Bundesregierung? Selbst wenn man ein echtes Veto für zu weit gehend hielte, so gäbe es die Möglichkeit, einen solchen ‚Zukunftsrat‘ mit einem retardierenden Veto auszustatten: Wenn der Rat gegen eine Maßnahme mit einer bestimmten Mehrheit Einspruch einlegt, wird die Beratung eines Gesetzes oder anderen Maßnahme um ein halbes Jahr aufgeschoben. Um sicherzustellen dass hier nicht wieder nur ‚alte weiße Männer‘ (oder auch Frauen) vertreten sind könnten einige der Mitglieder durch ein Losverfahren ermittelt werden – ganz normale Bürgerinnen und Bürger, die ihren Sachverstand und auch ihre Meinungen einbringen. Womit auch der Demokratie geholfen wäre.

Ich will am Schluss dieser Vorlesung nicht weiter ins Detail gehen. Sie sehen jedoch, dass es eine Fülle an Möglichkeiten gibt, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie und auf dem Boden unseres wirklich fantastisch guten Grundgesetzes eine nachhaltige Politik durch- und umzusetzen. Für dieses Grundgesetz können wir nichts – es wurde uns von den Alliierten nach dem Krieg geschenkt. „Institutions matter“ heißt es im anglo-amerikanischen Sprachraum – Institutionen sind wichtig. Deshalb müssen wir uns darüber im klaren sein, dass wir gute Institutionen schützen müssen – und neue schaffen, die sich mit Herausforderungen befassen die vor ein paar Jahrzehnten noch unbekannt waren. Eine solche Herausforderung sind die ökologischen Krisen unseres Planeten. Wir müssen uns unsere Erde als dritten Mitspieler vorstellen. Die Verhandlungen um die Zukunft dürfen deshalb nicht mehr nur zwischen arm und reich, zwischen unten und oben, zwischen Nord und Süd, zwischen den Mächtigen und dem Volk verlaufen. Denn alle Vereinbarungen um eine Verteilung des Wohlstand bisher, sei es im real existierenden Sozialismus oder im Kapitalismus oder im Rahmen irgendeines dritten Weges, gingen immer zulasten dieses Dritten, unserer Erde. Das ist nun zu Ende. Unser Planet zeigt uns die Grenzen auf. Diese können wir überschreiten, allerdings um den Preis dass unser Planet seine menschenfreundlichen Qualitäten verliert.

Wenn wir das nicht wollen, ist eine Neuorientierung unseres individuellen Lebens und unserer gesellschaftlichen und politischen Systeme notwendig. Beide Sphären können nicht unabhängig voneinander verändert werden, sie bedingen sich gegenseitig. Ohne einen individuellen und gesellschaftlichen Wandel wird sich in der Politik nichts ändern. Solange Politiker dafür abgestraft werden dass sie unser Wachstumsmodell in Zweifel ziehen oder unseren kollektiven Reichtum für überzogen halten wird es keine geben die

das vertreten. Wir sollten uns daran erinnern, dass Politikerinnen und Politiker als unsere Vertreter agieren – nicht mehr und nicht weniger. Sie können also nur so gut sein wie wir sie haben wollen.

Ich will aber auch nicht verhehlen, dass ich die Latte für unsere Repräsentanten in der Politik höher lege. Ich erwarte von unserem politischen Personal, dass sie bei lebenswichtigen Fragen auch abseits der öffentlichen Meinung handeln und das tun was notwendig ist. Das ist eben eines der Merkmale der repräsentativen Demokratie ohne imperatives Mandat: Wir vertrauen im Prinzip dem Schwarm, also den Bürgerinnen und Bürgern. Wir bauen jedoch ein Korrektiv ein, indem wir die Gewählten nicht als Automaten ansehen die das tun müssen wofür sie gewählt worden sind. Sondern dass wir ihnen eine eigene Meinung zubilligen – und nichts anderes besagt Artikel 38 unseres Grundgesetzes, dass die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verpflichtet sind. Deshalb erwarte ich von unseren Vertreterinnen, dass sie auch unpopuläre Maßnahmen treffen weil es zur Abwehr von großen Gefahren für unsere Zivilisation erforderlich ist.

Ich schließe mit einer vielleicht für eine Vorlesung ungewöhnlichen Aufforderung: Mischen Sie sich ein! Diese Zeiten sind nicht normal, in den nächsten Jahren wird sich das Schicksal unserer Zivilisation entscheiden. Große Worte, ich weiß. Klingt wie abgedroschene Science Fiction. Aber so ist unsere Zeit: Im harmlosen Gewand der Gegenwart kommt das Grauen, wenn wir nicht aufmerksam sind. Studieren Sie, als ob ihr Leben davon abhinge! Suchen Sie eine Arbeit, die sinnvoll ist und eine nachhaltige, zukunftsfeste Entwicklung unserer Spezies möglich macht. Diese Hochschule bietet Ihnen diese Chance. Nutzen Sie sie.

Ich danke Ihnen!

Prof. Dr. Hermann E. Ott
Hermann.Ott@wupperinst.org
www.hermann-e-ott.de